

## Wir haben ein Verkehrsproblem!

Stellungnahme zum Kommentar von Karl Synek zum Bau einer zweiten Donaubrücke  
(PNP v. 5.10.2017: „Lkw-Ausnahmeregelungen abschaffen“)

Folgendes steht fest: Hätte sich der Vorschlag der CSU zum Bau einer zweiten Donaubrücke einst durchgesetzt, könnte darauf seit über einem Jahr flüssig der Verkehr rollen. Das hätte zur Folge, dass der Verkehr zu Stoßzeiten nicht nur in der Innenstadt fließen würde, auch weil die Marienbrücke für den Schwerlastverkehr gesperrt werden könnte. Auch dadurch hätte der Verkehr sich dort reduziert. Eine zweite Donaubrücke würde bewirken, dass die Innstadt selbst bei Unfällen problemlos erreichbar wäre und ein dortiges akutes Verkehrsproblem nicht Auswirkungen auf die ganze Stadt hätte, bis hin zum Anger und darüber hinaus. Eine zweite Donaubrücke würde gewährleisten, dass nicht tagtäglich tausende Menschen wertvolle Lebenszeit im Stau vergeuden müssten.

Für den Grünen-Stadtrat Karl Synek spielt das alles anscheinend keine Rolle. Für ihn müssen die Passauer sich ihrem Schicksal fügen: „So gut wie alle Innenstädte in Deutschland ersticken zu gewissen Zeiten am Individualverkehr. Passau macht dabei keine Ausnahme.“ Der CSU-Kreisvorsitzende Holm Putzke sagt klar, was er davon hält: „Das ist Gestaltungsverweigerung in Reinkultur“. Synek lasse die Menschen sehenden Auges und im wahrsten Sinne des Wortes „im Stau stehen“. „Wem bei Problemen nicht mehr einfällt, als den Menschen zu sagen, dass es woanders auch nicht besser sei, der muss sich die Frage stellen, ob er wirklich die Interessen der Innstädter vertritt“, kritisiert auch der CSU-Fraktionsvorsitzende, Armin Dickl, das Verhalten seines Stadtratskollegen.

Dem pflichtet MdL Gerhard Waschler bei, der den Bau einer zweiten Donaubrücke seit vielen Jahren fordert und vorangetrieben hat: „Hätten wir langfristiger geplant, müssten wir uns angesichts eines stetig steigenden Verkehrsaufkommens in der Innstadt jetzt nicht einer Diktatur der Dringlichkeit unterwerfen.“ Synek verschweige, dass er sich als Grüner mit der OB-Gestaltungsmehrheit im Rücken seit vielen Jahren realisierbaren Entlastungen in den Weg stellt und verweigert. Wegen des von ihm mitverantworteten Planungsstopps für eine Donaubrücke auf Höhe Achleiten sind massive Verkehrsbehinderungen inzwischen an der Tagesordnung. Insbesondere verschweige Synek hinsichtlich des von ihm zitierten GEVAS-Gutachtens, dass die erwähnten prozentualen Steigerungen auf der Wiener Straße auch von den Innstädtern selber herrühren, die auf dem Weg nach Norden und Osten über der Donau nicht mehr über die Neue Mitte und Anger fahren würden. Er verschweige auch, dass die bestens ausgebaute Wiener Straße (West und Ost) auch nach der Brückenerrichtung mit prognostizierten 13.000 bzw. 11.000 Kraftfahrzeugen keinerlei Kapazitätsprobleme hätte (im Vergleich: Anger aktuell 36.750; Freyunger Straße 25.750) und dass der Gesamtverkehr auf der Marienbrücke spürbar sinken würde. Synek versuche mit seiner eigenwilligen Interpretation der GEVAS-Daten die Öffentlichkeit zu manipulieren. Seine Forderung, Lkw-Ausnahmeregelungen abzuschaffen, sei ein alter Hut und allein wegen der Gefährdung von Arbeitsplätzen auch im angrenzenden Oberösterreich nicht sinnvoll.

„Viele Bürger wollen es auch mit Blick auf die Sicherheit in der Innstadt nicht mehr hinnehmen, dass wir praktisch nur eine vollwertige Brücke in unserem Stadtteil haben“, schildert die CSU-Ortsvorsitzende der Innstadt, Elisabeth Rickl, die Stimmungslage vieler Innstädter. Es sei jedem klar, dass sich Verkehr durch eine neue Brücke nicht auflöst, aber eben gewaltig entzerre. „Wir wollen einen flüssigen, unfallfreien und reibungslosen Verkehr“, so Rickl.

Laut einer im Jahr 2010 durchgeführten repräsentativen Umfrage des Centrums für Marktforschung der Universität Passau, die wohlgermerkt unmittelbar nach dem ablehnenden Stadtratsvotum stattfand, befürworteten 59 Prozent der Bürger den Bau einer zweiten Donaubrücke, nur 27 Prozent sprachen sich dagegen aus. Würde man heute befragen, fiel die Zustimmung noch viel deutlicher aus, sind sich Gerhard Waschler und Armin Dickl sicher, und ergänzen: „Aber die Stadtspitze mit den Bürgermeistern und deren Gestaltungsmehrheiten schweigen und versuchen, das Problem einfach auszusitzen.“ Dass sich dies die Passauer nicht ewig bieten lassen, davon ist Holm Putzke überzeugt: „Im März 2020 stehen glücklicherweise Kommunalwahlen an, bei denen sich zeigen wird, ob die Passauer Bürger lieber Problemlöser wollen oder Gestaltungsverweigerer.“